

# MBI INFORMIERT

**MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN**  
**UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 4/13**

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,  
45468 Mülheim  
Tel. 0208 - 3899810  
Fax 0208 - 3899811

e-mail: [mbi@mbi-mh.de](mailto:mbi@mbi-mh.de)

<http://www.mbi-mh.de>

## Mülheim 2013: Watt`n Chaos oder "The big Towohabuwu!"

Seit Anfang 2013 häufen sich die **Hiobsbotschaften** für die Mülheimer Stadtspitze und die Parteien in unterschiedlicher Konstellation **in fast atemberaubendem Tempo**: Neben dem Ruhrbania-Desaster (s.u.) gab es zuletzt u.a.: Der RP genehmigte die Stilllegung des Flughafenasts der Straßenbahnlinie 104 nicht, auch nicht nachträglich, das Städtchen Hückeswagen machte Mülheim vor, wie mit der Fehlberatung zu Zins- und Währungswetten umgegangen werden müsste, der letzten Okt. beschlossene Verkauf des Altenheims Kuhlendahl kommt doch nicht zustande (zum



Glück!), der RP muss die sukzessive Schließung der Hauptschule Bruchstr. anordnen, weil zwar 17.000 Bürger beim Entscheid für den Erhalt stimmten, aber nur 15 Eltern ihr Kind dort anmelden wollten, die Innenstadt ist nach jahrelangen Großbaustellen und einer misslungenen Ruhrbania-Verkehrsführung immer weiter im Abschwung und die unattraktivste weit und breit, das Speldorfer Depot bleibt leer, der Flughafenausstieg ist nicht mehr aufzuhalten uswuf. Vor allem aber: Die Stellungnahme des RP zum

**Mülheimer Katastrophenhaushalt** kann und muss auch noch jeden Tag kommen, schließlich ist das "reiche" Mülheim die einzige NRW-Großstadt im Nothaushalt, unglaublich!

## Ganz so, als sei der Riesen-Scherbenhaufen nicht bereits groß genug, ist inzwischen auch das Ruhrbania-Desaster kaum noch zu leugnen:

Erst die peinliche Geschichte mit der 6 Mio. teuren versteckten Rathausrotunde, dann strich das Land die Zuschüsse für Baulos 3 (Niederlegung der Hochstr. Tourainer Ring und Klöttchen-Ausbau), dann verzögerte sich die Fertigstellung auf Baufeld 1 immer mehr und der direkt ans Rathaus angebaute Plattenbau gefällt "plötzlich" niemandem mehr. Auch die Vermarktung stockt, der Neubau des Stadtbadanbaus ist nach über 3 Jahren immer noch kaum verkäuflich, so dass Vivacon inzwischen gerichtlich sogar Schadensersatz einklagt, das geplante Ärztehaus scheiterte in Baufeld 2 (ehemalige Bücherei etc.) erneut, 2 der 3 Investoren stiegen dort aus und nicht zuletzt: Auch der 3. Rettungsversuch für den Kaufhof löste sich in Luft auf. **Und nun? Guter Rat ist mehr als teuer, nur:**

Das absehbare Desaster hatten die MBI, genau wie viele Mülheimer Bürger auch, seit Jahren vorhergesagt, hatten Anträge zur Schadensbegrenzung gestellt, Bürgerbegehren initiiert u. v.m.

Am 6. April war **Frau OB Mühlensfeld genau 10 Jahre im Amt**. Ihr Hauptprogrammpunkt 2003 hieß Ruhrbania. Daneben versprach sie ganz vehement den Flughafenausbau und den Metrorapid. Später versprach sie auf Wunsch des Baukonzerns Hochtief auch noch eine „Zukunftsschule“ für Eppinghofen in der untergehenden Hauptschule. Metrorapid, Flughafenausbau, Zukunftsschule und auch Ruhrbania sind mal mehr, mal weniger schnell endgültig gescheitert. Auch ihr Vorhaben, alle Meterspur-Straßenbahnen durch Busse zu ersetzen, wurde von der Realität und dem RP zunichte gemacht. **Welch eine Bilanz: Eine Dekade des Niedergangs?!**



### Auf den folgenden Seiten:

- MBI-Anträge und Anfragen für die Sitzungsfolge April/Mai 2013 ..... S. 2
- Swaps als tops of the flops und wie die Stadt Mülheim sich auch in dem Punkt blamierte ..... S. 3
- Dringlicher Appell Mülheimer Ratsfraktionen an die Bundesregierung wegen Armutsmigration..... S. 4

Einlegeblatt: **Haus Kuhlendahl bleibt nun doch unser, wenigstens teilweise!**

Das etwas andere Ostermärchen, ganz auf Mölmsch

## Anträge und Anfragen für die Sitzungsfolge April/Mai 2013

Die kommunale Wählergemeinschaft MBI erhielt bei den Kommunalwahlen 2009 11,6% der Stimmen und wurde damit drittstärkste Fraktion im Stadtrat. Die Hauptarbeit besteht darin, die Interessen der Mülheimer Bürger/innen in den Gremien zu vertreten, dort aber auch deren Fragen oder Anliegen einzubringen. Im folgenden alle MBI-Anträge und Anfragen für die Sitzungen verschiedener Gremien zwischen Ostern und Mitte Mai 2013, also einer sog. Sitzungsfolge, die jeweils mit der Ratssitzung endet.

- ◆ Anfrage für die **Bezirksvertretung (BV) 2** am 9.4.13, inwieweit **Gerüchte über eine geplante, weitere Mülheimer Golfplatzanlage im Winkhauser Tal** zutreffen und ob ein solcher dort im regionalen Grünzug B genehmigungsfähig wäre
- ◆ Anfrage für die **BV 2** am 9.4.13 zum Sachstand der geplanten **System-Gastronomie unweit der A 40 an der Oberheidstr./Aktienstr.** an bedenklichem Standort durch die Firma Gastro & Soul mit der Errichtung eines sog. „Cafe del sol“, was 2008 bereits abgelehnt worden war
- ◆ Anfrage für den **Wirtschaftsausschuss** am 11.4.13 zu **Ergebnissen und Erkenntnissen der Mobilitätsbefragung durch die Firma LK Argus aus Kassel** im letzten November
- ◆ Antrag für den **Wirtschaftsausschuss** am 11.4.13, die **MBI-Optimierungsvorschläge für das Busliniennetz** des Nahverkehrsplans (NVP) in Aufstellung zu berücksichtigen
- ◆ Antrag für die Sitzung des **Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Mobilität** am 11.04.2013, für ein **zukunftsstaugliches Straßenbahnnetz im Nahverkehrsplan** die Vorschläge des Bürgers Kirchner mit Altstadtring und veränderter Führung des Nordasts der heutigen 110 zu prüfen und in den NVP einzubauen
- ◆ Anfrage für die Sitzung des **Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Mobilität** am 11.04.2013, zum „**Schienenkartell**“ von **Thyssen-Krupp und Voestalpine** und evtl. **Betrugsschäden dadurch für die MVG** einen aktuellen Sachstand vorzustellen
- ◆ Antrag für den **Ausschuss für Wirtschaft und Stadtentwicklung** am 11.4.13, die **Bezirksvertretung (BV) 1** am 12.4.13, den **Planungsausschuss** am 16.4.2013 und den **Rat der Stadt Mülheim a.d. Ruhr** am 16. Mai 2013, die **Beendigung der Planung für die Ruhrbania-Baufelder zwischen Eisenbahn- und Nordbrücke, ein baldiges Änderungsverfahren für den B-Plan „Ruhrpromenade-Innenstadt I 31“ und ein Moratorium für Ruhrbania-Baulos 3** zu beschließen
- ◆ Antrag und Anfrage für die Sitzung des **Finanzausschusses** der Stadt Mülheim am 15.04.13 und Antrag für den **Rat der Stadt** am 15.5.13 **u.a. zu Swaps und Währungswetten der Stadt**, um analog der Stadt Hückeswagen Schadensersatz von der Portigon als Rechtsnachfolger der WestLB einzuklagen
- ◆ Gemeinsamer Antrag von SPD und MBI zur Sitzung des **Planungsausschusses** am 16.4.13, zum **Erhalt des Denkmals Troostsche Weberei, bzw. zumindest Teilen davon**, eine Denkmalbereichssatzung zu prüfen und damit einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan zu ermöglichen
- ◆ Anfrage für die Sitzung des **Umweltausschusses** am 25.04.13, **einen Sachstandsbericht zum Fallwerk Jost an der Weseler Straße** vorzulegen bzgl. der Öffentlichkeitsbeteiligung beim Genehmigungsverfahren, den Verlagerungsaktivitäten bzw. -absichten und der Aufnahme in den Lärminderungsplan
- ◆ Antrag für die Sitzung des Umweltausschusses am 25.04.13 in Form eines Fragenkatalogs, die **Unstimmigkeiten bei der Kanalbaumaßnahme Gracht von Annabergstr. bis Rathenaustraße** und den unverständlichen, angedrohten Anliegergebühren zu erklären und zu erläutern
- ◆ Anfrage für die Sitzung des **Hauptausschusses** am 7.5.13 zu den **Räumlichkeiten für das Sozialamt ab Anfang 2014, wenn die Anmietung des teuren Gebäudes Ruhrstr. 1 ausläuft** und Kostenvergleich der heutigen mit der zukünftigen Anmietung von Räumen für das Sozialamt
- ◆ Anfrage für die Sitzung des **Hauptausschusses** am 7.5.13, **zur neuen Zweitwohnungssteuer** und den posserartigen Erkundigungen der Stadt dazu einen Sachstandsbericht zu geben
- ◆ Antrag für die TO des **Rates der Stadt** am 16.5.13, den Punkt **„Nebentätigkeiten der Oberbürgermeisterin“** im öffentlichen Teil der Ratssitzung zu behandeln. Alle Angaben in der Vorlage sind im Internet nachlesbar unter <http://www.muelheim-ruhr.de/cms/nebeneinkuenfte.html>, so dass kein Grund zu erkennen ist, warum der Rat dies, wie vorgesehen, nichtöffentlich behandeln sollte.

# Swaps als tops of the flops und wie die Stadt Mülheim sich auch in dem Punkt blamierte ...

Vor zwei Jahren hatte die Stadt Mülheim nach einem wegweisenden Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH) zuerst die eigene Betroffenheit verneint. Vergeblich hatte sie lange nach jenem Urteil versucht, ihr unter Ex-Kämmerer Bultmann getätigtes Zinswettendesaster unter dem Teppich zu halten. Bis heute verwehrt sie der WAZ auch Einsicht in ein internes Gutachten des Rechtsamtes, das vor Jahren keine Schadenersatzansprüche der Stadt gegenüber Banken oder leitenden Beamten aus dem eigenen Haus sehen wollte. Die Klage der WAZ auf Akteneinsicht war beim Verwaltungsgericht zwar erfolgreich, doch legte die Stadt vor fast genau 1 Jahr entgegen des MBI-Votums Berufung ein, so dass darüber nun das Oberverwaltungsgericht Münster .höchstrichterlich zu entscheiden hat.



Bereits vor 2 Jahren, nachdem der BGH die Deutsche Bank zu Schadenersatz wegen Beratung zu swaps höchstrichterlich verurteilt hatte, beantragten die MBI Schadenersatzklagen wegen der Millionenverluste durch die Zinswetten der Stadt Mülheim, doch Verwaltung, SPD, CDU, FDP und Grüne stimmten den MBI-Antrag nieder und gaben lieber ein teures Gutachten in Auftrag.

Dann wieder vor 1 Jahr: Der **MBI-Antrag: „Schluss mit swaps u.a. spekulativen Geschäften der Stadt Mülheim, dafür Schadenersatzklagen und endlich Transparenz“** wurde erst vertagt und schließlich nach einem halben Jahr und teurem Gutachter wurde ein windelweicher Halbkompromiss beschlossen. Wie falsch auch das war, zeigte das neueste Urteil zu Hückeswagen. Die MBI haben deshalb zumindest für die Währungswetten ihren Antrag zur Klageerhebung jetzt wiederholt, s.u..

**Im letzten Jahr stellte übrigens ein Saarer Mitbürger wegen der Mio.-Verluste durch swaps Strafanzeige gegen ex-Kämmerer Bultmann wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder. Nach 1 Jahr stellte die Staatsanwaltschaft Duisburg das Verfahren Ende Feb. ein mit folgender Begründung:**

*„... wurden alle relevanten Unterlagen und Gutachten sowie Stellungnahmen der beteiligten Personen eingeholt. Dabei haben sich keine Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten des Beschuldigten Bultmann oder anderer Personen ergeben. Die abgeschlossenen Zinstauschgeschäfte verstießen nicht gegen das kommunalrechtliche Spekulationsverbot. ... Swapgeschäfte wurden jeweils vorgenommen, um die Belastung durch anfallende Zinsen für aufgenommene Kredite zu minimieren und nicht, um zusätzliche Einnahmen zu generieren. Bezüglich der Art und Ausgestaltung der abgeschlossenen Swapgeschäfte kam der Stadt ein Ermessensspielraum zu, eindeutige gesetzliche Regelungen oder konkrete Erlasse existierten nicht. Auch wenn die abgeschlossenen Swapgeschäfte letztlich zu einem Verlust in Höhe von rund 6 Mio. • führten, haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass ein unerlaubtes Risiko unter Überschreitung des Ermessens eingegangen wurde. Auch haben sich keine Hinweise für eine Fehlberatung durch die Banken hinsichtlich des eingegangenen Risikos ergeben. ...“*

**Da kann man sich aber wundern, dass die Gerichte aller Ebenen das anders sehen als die Duisburger Staatsanwaltschaft, die zudem mit dieser Begründung einem Kämmerer vielleicht auch zugestehen würde, die Schulden seiner Stadt in einem Spielkasino zu „minimieren“, oder? Und auf höhere Zinsen zu wetten, hat auch nichts mit Spekulation zu tun, gell!**

MBI-Antrag und Anfrage für die Sitzung des Finanzausschusses der Stadt Mülheim am 15.04.13 und



Antrag für den Rat der Stadt am 15.5.13 TO: Öffentlich

**Betr.: Swaps und Währungswetten der Stadt Mülheim**



**Die Verwaltung möge u.a. zu folgenden Fragen Auskunft erteilen**

- Wie ist der genaue Sachstand zur Berufung gegen das Urteil zur Akteneinsicht der WAZ? Wann ist mit einer Verhandlung zu rechnen, wann mit einem Urteil? .....

**Der Finanzausschuss möge empfehlen, der Rat der Stadt möge beschließen**

- Die Stadt Mülheim legt analog der Stadt Hückeswagen Schadenersatzklage gegen die Portigon als Rechtsnachfolger der WestLB ein wegen Fehlberatung bei Währungswetten .....

Angeregt durch eine Resolution des Rates der Stadt Köln zur Problematik der sog. Armutszuwanderung speziell aus Bulgarien und Rumänien schlugen die MBI allen Mülheimer Ratsfraktionen vor, Ähnliches zu beschließen. WIR-Linke (=MLPD mit Fraktionsstatus nur durch 2 Überläufer von DieLinke) gingen sofort an die Presse, distanzierten sich und forderten mehr Zuzug. Die FDP winkte ab, die CDU wollte keine Resolution, da sie grundsätzlich gegen Resolutionen sei, und die Grünen wollten nur mitmachen bei „entschärfter“ Fassung. Nur die OB und die SPD wären dem MBI-Vorschlag in diesem Fall auch so gefolgt. Dann kam als Ergebnis der folgende Brief heraus. Immerhin besser als Schweigen zu diesem virulenten Problem:

**Offener Brief von SPD, CDU, MBI und Bündnis 90/GRÜNE an Frau OB Mühlenfeld für eine dringliche Resolution des Städtetages an die Bundesregierung**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

## Dringlicher Appell an die Bundesregierung wegen Armutszuwanderung

Die Fraktionen des Rates der Stadt Mülheim a.d. Ruhr bekennen sich mehrheitlich zu den Integrationsleistungen der Europäischen Union. Auch Städte wie Mülheim haben von ihnen profitiert und gleichzeitig selbst viel dazu beigetragen, um Menschen aus anderen Staaten in unser Gemeinwesen vor Ort dauerhaft zu integrieren.

Seit 2007 steht es Bürgerinnen und Bürger aus den südosteuropäischen Staaten Rumänien und Bulgarien frei, ihren Aufenthaltsort innerhalb der EU zu wählen. Ab 01.01.2014 wird für sie die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit in Kraft treten.

Dies stellt die davon besonders betroffenen Städte bereits jetzt vor außergewöhnliche Herausforderungen, die sie aus eigener Kraft nicht bewältigen können.

Die unterzeichnenden Fraktionen appellieren daher eindringlich an die Bundesregierung, seitens der Europäischen Union Maßnahmen und Hilfen zu verstärken, um in den Herkunftsländern humanitäre, soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Lebenssituation vor Ort verbessern und ethnischer Diskriminierung entgegenwirken. Eine aus struktureller Not entstehende Migration lässt sich nur vermindern, wenn die Menschen bessere Lebensperspektiven in ihren Herkunftsländern vorfinden.

Um diese Aufgabe zu bewältigen, ist ein enges Zusammenwirken von Bund, Ländern, der europäischen Ebenen sowie weiteren relevanten Akteuren notwendig. Kurzfristig muss allerdings zur Sicherung der sozialen Balance auch in Deutschland ein Sofortprogramm für die Kommunen aufgelegt werden, um die Städte, die besonders von dem Zuzug betroffen sind, mit zusätzlichen Ressourcen zu unterstützen.

Wir erwarten von der Bundesregierung und unterstützen sie im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten dabei, dass sie auf der Ebene der Europäischen Union Maßnahmen entwickelt und den politischen Druck deutlich erhöht, um diese Ziele auch zu erreichen.

Sehr geehrte Frau Mühlenfeld,

da die nächste Ratssitzung der Stadt Mülheim erst für Mitte Mai angesetzt ist, der nächste Städtetag aber Ende April, möchten wir Sie eindringlich bitten, unser Anliegen dort vorzubringen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn auch der Städtetag eine ähnliche dringliche Resolution beschließen würde.

Hochachtungsvoll

Die Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt Mülheim von:

Dieter Wiechering (SPD), Wolfgang Michels (CDU), Lothar Reinhard (MBI), Tim Giesbert (B90/Grüne).

## Das etwas andere Ostermärchen, ganz auf Mölmsch

Es war einmal ..... und wie alles weiterging.....



Es war einmal ein städtisches Altenheim in hervorragender Wohnlage, das sollte 2004 bereits das erste Mal verkauft werden, von wegen hoher Grundstückspreis und so. Doch dann gab es Ende Feb. 2005 einen erfolgreichen Bürgerentscheid gegen weitere Privatisierung in der bereits sehr privatisierten RWE-Modellstadt Mülheim mit Ruhr. Die geschockte Stadtpitze musste auf den Verkauf des oder der eigenen Altersheime mind. 2 Jahre verzichten. Danach wurde eine gemeinnützige gGmbH für die Senioreneinrichtungen

gegründet und diese in die Beteiligungsgesellschaft BHM eingebracht, welche bekanntlich außerhalb des städtischen Haushalts wirtschaften darf.

Dann gab es zu jener Zeit auch noch eine private Wohnungsgenossenschaft namens MWB, an der die Stadt selber weniger als 3% Anteile hält, die sich aufmachte, ganz groß in das städtische Immobiliengeschäft einzusteigen und im berühmt-berüchtigten Mülheimer "Immobilienhaifischbecken (IHB)" an vorderster Stelle mitschwimmen zu können. Aufsichtsratsvorsitzende zu jener Zeit war zufällig die damalige SPD-Vorsitzende, die gleichzeitig noch OB war, bis sie kurz später vom Geschäftsführer dieser Genossenschaft als Vorsitzende der SPD-Genossen abgelöst wurde. Der Einstieg in das IHB gelang den Wohnungsgenossen mit folgendem Coup:

Am 22.9.2004 (4 Tage vor den Kommunalwahlen!!) wurde in Mülheim per Dringlichkeitsbeschluss entschieden, das leerstehende Siemens-Gebäude an der Wiesenstr. als Haus der Wirtschaft/Gründerzentrum zu kaufen bzw. kaufen zu lassen. Kosten über 6 Mio. Euro. Dazu gab es dann kurz vor der Wahl einen großen Lobhudelei-Artikel in den örtlichen Medien. Nur kurz später sollte der neue Rat das nachträglich absegnen.



Unabhängig von der Frage der Dringlichkeit und unabhängig davon, wie sinnvoll die Einbindung der Wohnungsbaugenossenschaft MWB in Gewerbeimmobilien war, war das so bereits juristisch nicht in Ordnung. Deshalb stellten die MBI damals den Antrag, den Dringlichkeitsbeschluss wegen der unerlaubten Unterschrift der befangenen OB für nichtig zu erklären und aufzuheben. Dem MBI-Antrag musste in allen Punkten Recht gegeben werden. Die Vorlage wurde ganz schnell umgeschrieben und SPD, CDU, FDP und Grüne „heilten“ das Unrecht nachträglich per Ratsbeschluss!

**Ob nun das o.g. städtische Altenheim als 2. Coup der Wohnungsgenossen als aufstrebendem Immobilienhai gedacht war, konnte damals nicht ermittelt werden, auch weil ging ja (noch) nicht wegen dem erfolgreichen Bürgerentscheids (s.o.).** Dieser MWB war aber nicht darauf angewiesen und in der für ihn goldenen Ära mit dem SPD-Chef als Geschäftsführer und der SPD-OB als Aufsichtsratsvorsitzender stieg er ganz groß ein. Zusammen mit der städtischen Sparkasse kaufte er das ehemalige Bahngelände in Broich, das die Stadt als Wahlkampfhit kurz vorher für sehr viele Mio. von der



Bahn gekauft hatte, Nothaushalt hin und her! Und aus diesem heruntergekommenen Riesen-Areal machte das Konsortium MWB+Spasskasse eine wahre Goldgrube. Eine überdimensionierte Feuerwehr wurde gebaut, langfristig vermietet und sofort nach Eröffnung an einen Fonds verkauft. Reingewinn des Husarenstreichs über 9 Mio. •

**Das Restgelände neben der Feuerwehr konnte schließlich vollständig an das Land verkauft werden für den Bau einer Fachhochschule, aber erst nach peinlichem monatelangem Streit um den FH-Standort, den das Land dann nach der Wahl 2009 entschied. Mit Händen, Füßen und Gutachtern hatten sich Stadt und die (unbefangene) OB gestraubt, die FH auf das besser geeignete Lindgens-Gelände am Kassenberg zu lassen.**

**Kurz bevor das Husarenstück mit dem Feuerwehrverkauf öffentlich wurde, trat Frau OB wegen angeblicher Arbeitsüberlastung als MWB-Aufsichtsratsvorsitzende zurück. Wenig später legte auch der Genossenschaftschef den Vorsitz der SPD-Genossen nieder. So bestand kein Hinderungsgrund mehr, mit Partner J.H. zuerst das von Bücherei, Rathausneubau, Gartendenkmal und Ruhrstr. leergefegte Ruhrbania-Grundstück Baufeld 2 zu erwerben und wenig später auch die hochattraktiven Flächen des ausgebooteten Lindgens, nachdem dessen Projektentwickler Hochtief wohl den politischen Unwillen der Stadt Mülheim entdeckt haben musste.**

Doch dann entwickelte sich alles nicht so schnell und gut, wie die Immobilienpartner es sich wohl erhofft hatten. Ruhrbania-Feld 1 von Kondor Wessels dauerte, dauerte und wurde pothäßig, das in Feld 2 geplante Ärztehaus klappte nicht und zu allem Überfluss kam im leeren Kaufhof nichts zustande. Nach der kurzlebigen OB-Wahlkampfhilfe "Ruhrbanium" kam die wegen des FH-Standortspektakels notwendig gewordene Interims-FH auch nicht im Kaufhof unter. Und an das Versilbern des Lindgens-Geländes konnte nicht gedacht werden, bevor das eigene Ruhrbania-Baufeld nicht bebaut und vermarktet sein würde.



**Da erinnerte man sich anscheinend auch an das ganz oben beschriebene Altenheim in bester Lage am Kuhlendahl, das schon lange keine Bürgerentscheid mehr schützte. Der straßenseitige Teil war bereits für mind. 10 Mio. • auf den allerneuesten Altenheim-Standard umgebaut worden, bei dem es aber Unregelmäßigkeiten gab und einen sehr sanft entlassenen Geschäftsführer deswegen, Im Bild links der 1. Spatenstich von und mit Frau Mühlenfeld und Herrn Mühlenbeck.**

**So also begab es sich, dass Stadt und Genossenschaft wieder eine große Chance für "win-win" entdeckten.** Der MWB sollte das gesamte Gelände inkl. modernstem Altenheim kaufen und letzteres an die Stadt langfristig zurückvermieten (sog. "sale and lease back"). So hatte der MWB die Gewinne und die Stadt ihr Altenheim gesichert (bei abgesicherter Miete logisch), also eigentlich wie bei der Feuerwehr eine klassische win-win-Situation pur!

**Und so verging sehr viel wertvolle Zeit, welche bekanntlich Geld ist. Das blieb nicht ohne Folgen. Anfang 2013 war Ruhrbaniafeld 2 immer noch nicht begonnen und auch der 3. Versuch der Kaufhofrettung über den Immobilienhändler aus Bad Hersfeld war kurz vor dem weiteren Flop.** So begab es sich, dass die ungleichen Immobilien-"Partner" wieder getrennte Wege gingen. Die Spasskasse übernahm seine Anteile, J.H. stieg aus dem Ruhrbania-Baufeld (noch -loch) aus und die Wohnungsgenossen suchten wieder alleine günstige städtische Angebote.

SPD, CDU und FDP beschlossen das im Okt. auch diskussionslos, obwohl nicht einmal ausverhandelt. Im Rat am 7.3.13 wurde zusätzlich noch die Anmietung der als Ersatz für die marode Villa Kunterbunt vom MWB auf dem Gelände Kuhlendahl noch zu bauenden KiTa beschlossen (dieses Mal Grüne mit dabei). Das nicht sanierte Gebäude mit Altenwohnungen soll abgerissen und durch KiTa-Neubau und, und?? ersetzt werden.



**Alles schien unter Dach und Fach, doch dann Ende März in dem gesamten Mölmschen Durcheinander mit Ruhrbania-Entsetzen beim realen Anblick von Baufeld 1, dem Abspringen von Investoren für Ruhrbania-Bauloch Nr. 2 und auch noch beim Kaufhof, ging die Meldung im NRZ-Ruhrbania-Artikel ganz unter: Der Verkauf des frisch sanierten Altenheims Kuhlendahl (85 Plätze) an den MWB mit langfristiger Zurückmietung wird doch nicht getätigt!**

**Das also war die Osterüberraschung für alle Mölmschen Kinder und Kindeskinde: Zumindest für das Altenheim werden sie nicht auch noch jahrzehntelang zahlen müssen! Ein Ostermärchen, oder?**

**Haus Kuhlendahl bleibt nun doch unser, wenigstens teilweise!**